

Im Tod erschien den Sozialdemokraten, die sich von ihm immer stärker distanziert hatten, als ein großer Staatsmann. Diese Einschätzung beruhte nicht nur auf einem schlechten Gewissen sondern mit einem Mal wurde auch die Lücke sichtbar, die einer hinterließ, der über ungezählte Regierungsbildungen und innen- sowie außenpolitische Krisen hinweg die demokratische Republik wie kein anderer verkörperte. Dass die Krisen nicht in Katastrophen mündeten, rechneten ihm jetzt nicht nur viele Zeitgenossen hoch an, sondern auch sein Biograf. Freilich besaß Ebert nicht die Gabe, in der Krise die Chance zu einem Neuanfang zu finden und die Gegner der Republik stärker zurückzudrängen. Die Gewerkschaften, die beiden sozialdemokratischen Parteien und die demokratische Mehrheit, die auch noch nach den Reichstagswahlen von 1920 bestand, wären ihm darin gefolgt. Gleichwohl trug Ebert die „Bürde der Macht“ (Susanne Miller) als andere die politische Verantwortung für das Gemeinwesen scheuten, leugneten oder verweigerten. Und erst sein Nachfolger sollte schließlich unter Beweis stellen, wie sehr der Reichspräsident Friedrich Ebert die parlamentarische und soziale Demokratie, die Westorientierung in der deutschen Außenpolitik und die Suche nach einem politischen Ausgleich aus seinem Amt heraus betrieben und gegen die Verächter der Republik verteidigt hatte.

Karsten Rudolph

Ein bescheidener Multifunktionär im Hintergrund

Meik Woyke: Albert Schulz (1895–1974). Ein sozialdemokratischer Regionalpolitiker, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2006, 336 S., 28,00 €.

Mit Albert Schulz hat Meik Woyke einen sozialdemokratischen Politiker und Funktionär zum Gegenstand einer politischen Biographie – zugleich seiner Dissertation an der Universität Hamburg – erhoben, der auf den ersten Blick nur wenig spektakulär erscheint. Schulz war zwar in fünf politischen Systemen des 20. Jahrhunderts (im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, während der Nazi-Diktatur, in der sowjetischen Besatzungszone und in der Bundesrepublik Deutschland) für die Sozialdemokratie in selbstredend sehr unterschiedlicher Weise tätig, doch hat er in der Hierarchie staatlicher oder parteilicher Ämter nie Spitzenpositionen eingenommen, sieht man einmal von seiner – nur wenige Monate andauernden – Zugehörigkeit zum Reichstag zwischen den beiden Wahlen des Jahres 1932 ab. Sein wichtigstes und umstrittenstes Amt war dasjenige des Oberbürgermeisters von Rostock als Vertreter der SPD, nach der Zwangsvereinigung der SED in den Jahren 1946 bis 1949. Zu Recht nimmt daher dieser Abschnitt ungefähr ein Drittel der Untersuchung ein.

Wenn ein Blick auf einen Sozialdemokraten der zweiten Reihe – nach seiner Flucht in den Westen 1949 eigentlich nurmehr der dritten Reihe – dennoch lohnenswert erscheint, dann weil Woyke immer wieder im Laufe seiner dem Lebenslauf von Albert Schulz chronologisch folgenden Darstellung den generationellen Ansatz miteinbezieht. Danach war Schulz ein typischer Vertreter seiner Generation, deren politische Karrieren nicht durch Kontinuitäten, sondern durch abrupte sowie im vorliegenden Fall letztlich auch nicht überbrückbare Brüche gekennzeichnet waren.

Albert Schulz kam 1895 in Rostock als Sohn eines Werftarbeiters zur Welt. Er war ein „geborener Sozialdemokrat“, denn bereits sein Vater war Mitglied der Partei und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Beruflich und ideologisch trat Schulz in die Fußstapfen seines Vaters, auch wenn das ausschlaggebende Motiv für sein politisches Engagement nicht das Beispiel des „wortkargen“ Altvorderen, sondern vielmehr die Lektüre von Publikationen der Arbeiterbewegung war. Schulz' politische Bewusstseinsbildung fiel in die größte Aufbruchphase der mecklenburgischen Sozialdemokratie, denn erst durch das Reichsvereinsgesetz von 1908 konnte sich die SPD im konstitutionell rückschrittlichsten Land des Deutschen Reiches organisatorisch verankern. In der Arbeiterjugendbewegung übernahm er die Ämter eines Kassierers, Schriftführers und lokalen Vorsitzenden und trat kurz vor seinem 18. Geburtstag 1913 auch der SPD bei.

Kriegskreditbewilligung und Burgfriedenspolitik hielt Schulz für einen gravierenden Fehler. Er sympathisierte mit den Positionen der späteren USPD, aber nicht mit deren Etablierung als eigenständiger Partei, da er die Parteieinheit über alles stellte. Über seine wohl traumatischen Kriegserlebnisse als Soldat ab Ende 1915 hat Schulz nie detailliert berichtet. Der Systemwechsel zur Weimarer Republik veränderte auch seine berufliche und politische Situation erheblich. Nach einer längeren Zeit der Arbeitslosigkeit erhielt der gelernte Maschinenbauer zunächst eine Stelle als Angestellter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, ab 1926 fungierte er als Redakteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung“. Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich bereits zu einem „Multifunktionär“ entwickelt. Zunächst war er noch in der Arbeiterjugendbewegung aktiv, wurde schon 1920 stellvertretender Vorsitzender der Rostocker SPD, gehörte seit 1921 als zweitjüngstes Mitglied seiner Fraktion dem Mecklenburg-Schweriner Landtag an und zählte zu den Männern der ersten Stunde im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und später in der Eisernen Front, als deren Gauführer er fungierte. Er reiste als Delegierter zu Reichsparteitagen der SPD wie in Kassel 1920 oder Heidelberg 1925 und rückte im Juli 1932 bei seiner ersten Kandidatur in den Reichstag ein. Albert Schulz, nach Woykes Definition „nicht übermäßig karriereorientiert, aber durchaus ehrgeizig und besonders politisch begabt“ (S. 50), zählte am Ende der Weimarer Jahre als mittlerweile Vorsitzender eines der größten Ortsvereine des Bezirks, als bewährter Landtagsabgeordneter und Spitzenfunktionär des Reichsbanners zu den „profilertesten mecklenburgischen Sozialdemokraten der jüngeren Generation“ (S. 104).

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten, gegenüber der Schulz auf einem strikten Legalitätskurs beharrte, markierte für ihn wie für alle Sozialdemokraten seiner Generation den großen Karrierebruch. 1933 einige Monate verhaftet, hielt er sich mit einem Zigarrengeschäft über Wasser, das als konspirativer Treffpunkt der verfolgten Arbeiterbewegung diente. Nur kurzfristig Soldat und danach dienstverpflichtet, überstand er den Zweiten Weltkrieg unbeschadet. Auch eine Verhaftung nach dem 20. Juli, von dem er in Kenntnis gesetzt war, zog keine gravierenden Weiterungen nach sich.

Nach zwölf verlorenen Jahren beteiligte sich Schulz unmittelbar nach der „Stunde Null“ am Neuaufbau der Sozialdemokratie. Am 15. Juli 1945 hielt er das Referat auf der öffentlichen Gründungsversammlung der SPD in Rostock: „Vom Dritten Reich zum Volksstaat“. Er wurde Ortsvereins-, Bezirks- und Kreisvorsitzender der SPD und damit im Alter von 50

Jahren erstmals hauptamtlicher Funktionär. Trotz eklatanter Benachteiligungen der SPD verfügte die Partei Anfang Oktober 1945 in Mecklenburg über 4000 Mitglieder mehr als die KPD. Schulz – ein Gegner der Idee einer Einheitspartei – galt laut einem Dossier der KPD als „Inspirator und treibende Kraft der Rechten“ (S. 170). Seine Ernennung zum Oberbürgermeister von Rostock am 1. Februar 1946 folgte deshalb in erster Linie dem taktischen Kalkül, ihn durch seine Verwaltungstätigkeit aus seinen parteipolitischen Ämtern in der SPD zu entfernen und einen Störfaktor bei der anstehenden Zwangsvereinigung auszuschalten. Dennoch wurde Schulz Mitglied im Orts- und Landesvorstand der SED und gehörte seit Oktober 1946 auch dem Mecklenburgischen Landtag an, wo er Loyalitätsadressen abgab und dem Konformitätsdruck, der sich etwa in der Kampagne gegen „Sozialdemokratismus“ zeigte, weit weniger standhielt als in seinem Amt als Oberbürgermeister. Dort versuchte er (vergeblich), sich gegen die Aushebelung kommunaler Rechte zu stemmen, was ihn in den Augen der Besatzungsmacht verdächtig erscheinen ließ und zu seiner Verhaftung im Frühjahr 1947 beitrug. Anlass war die etwas unorthodoxe Abwicklung zweier Hamburger Konten der Stadt Rostock, für die Schulz im Mai 1947 von einem sowjetischen Militärtribunal eine Strafe von zehn Jahren Arbeitslager erhielt, die allerdings nach Intervention von Wilhelm Pieck einen Monat später aufgehoben wurde. Diese Erfahrung zeitigte allerdings keine gesteigerte Willfährigkeit des zurückgekehrten Oberbürgermeisters. Im Gegenteil: Seine Widerstände im Frühjahr 1949 gegen die Zentralisierung der Energiewirtschaft leiteten ein Parteiverfahren der SED gegen ihn ein. Am 1. August 1949 erklärte er seinen Rücktritt als Rathauschef. Der Aufforderung zur öffentlichen Selbstkritik entzog sich der nunmehr als „entlarvter Schumacheragent“ (S. 253) denunzierte Schulz am 22. August 1949 durch die Flucht in den Westen.

Die schwer verständliche Bereitschaft des Einheitsparteigegners Schulz zur Mitarbeit in der SED an exponierter Stelle deutet Woyke zum einen als Ergebnis der ideellen Motivation, so viel sozialdemokratischen Einfluss wie möglich zu retten, zum anderen als Ergebnis einer tiefen emotionalen Bindung an seine Heimatstadt Rostock. So bedeutete die Flucht von Albert Schulz und seiner Familie über West-Berlin nach Hamburg einen vielleicht noch tieferen Einschnitt als der Beginn der NS-Herrschaft 1933. Zumal sich der berufliche Wiedereinstieg als reichlich problematisch erwies. Als verspätetem Flüchtling schlug ihm auch in Teilen der SPD Misstrauen entgegen. Auf Initiative von Herbert Wehner, der Schulz' Motive am ehesten nachvollziehen konnte, erhielt er 1950 die Leitung des neugeschaffenen Büros der Hamburger SPD-Abgeordneten, ein Versorgungsposten, für den er eigentlich überqualifiziert war.

1953 folgten seine Ernennung zum Sekretär des SPD-Bezirks Schleswig-Holstein und die Wahl zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden. Von einer „zweiten Karriere in Schleswig-Holstein“ kann man, wie dies im Umschlagtext geschieht, allerdings kaum sprechen. Denn Kandidaturen von Schulz zum Kieler Landtag und zum Bundestag blieben erfolglos und korrespondierten mit demütigend schwachen Wahlergebnissen auf den Landesparteitagen der SPD. Die Ursache sieht Woyke darin, dass Schulz, der in den 1950er Jahren im Wahlkampf als „bescheidener Mann im Hintergrund“ (S. 284) vorgestellt wurde, als „wenig kompromissbereit“ galt. Dies mag auch auf manches dem Zeitgeist nicht gehorchende, aber

hellsichtige Urteil zurückzuführen sein, etwa seine Ablehnung der Akademisierung der SPD im Allgemeinen und speziell des späteren Landesvorsitzenden Jochen Steffen.

So bleibt nach der Lektüre der lesenswerten Biographie von Meik Woyke der Eindruck haften, dass es sich bei Albert Schulz um einen letztlich Gescheiterten handelt, der aufgrund der Umbrüche der deutschen Geschichte unter seinen Möglichkeiten blieb und bleiben musste, der aber diese Entwicklungen mit einer vorbildlichen Haltung ertragen und getragen hat, die der von ihm wenig geliebte Jochen Steffen in seiner Traueransprache 1974 als „verhalten leidenschaftliche Opferbereitschaft“ charakterisiert hat.

Bernd Braun

Antiparlamentarisches Denken in den 1920er Jahren

Ricardo Bavaj: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 67, hrsg. von Dieter Dowe u. Michael Schneider) Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2005, 535 S., 38,00 €.

Die Ausgangsthese von Ricardo Bavaj ist, dass „neben dem rechten [...] auch das linke antiparlamentarische Denken“ dazu beitrug, dass sich „in der zerklüfteten politischen Kultur Weimars kein liberal-demokratischer Grundkonsens bilden konnte“ (S. 7). „Weimar wurde von rechts zerstört. Zumindest vornehmlich von rechts. Doch auch von links suchten extremistische Kräfte, der ersten deutschen Demokratie ein Ende zu bereiten“, heißt es zwei Seiten weiter. Und auf S. 16 kann man noch einmal lesen, dass auch der linke Antiparlamentarismus zum Untergang der Republik beitrug und dies auch angeblich „von den meisten Historikern akzeptiert“ werde. Es fehle aber bislang „eine systematisch-analytische Gesamtschau dieses Phänomens“. Diese nun will Bavaj liefern, gewissermaßen in zwei Paletten: Teil 1 ist dem „linken Antiparlamentarismus in der Weimarer Parteienlandschaft“ gewidmet, Teil 2 befasst sich mit dem „linken Antiparlamentarismus im Weimarer Kulturleben“, denn auch „der linksextremistisch orientierte Kulturbetrieb leistete den Aversionen gegen den Parlamentarismus Vorschub“ (S. 18).

Das Demokratie-Verständnis des Verfassers, wie er es als Hebel für seine systematisch-analytische Gesamtschau einsetzt, ist normativ konzipiert: Demokratie hat liberal-pluralistisch, repräsentativ-parlamentarisch zu sein, und dies trifft – aus verfassungsrechtlicher Perspektive – für die Weimarer Republik zu. Die identitär-partizipative Auslegung der Demokratie steht bei Bavaj ohnehin unter Totalitarismus-Verdacht. Deshalb geht es ihm ausdrücklich nicht um die Analyse des antidemokratischen Denkens, sondern um die des Gedankenguts auf der Linken. Dieser normative Ansatz wird verschränkt mit dem Vorwissen über das, was „links“ ist, was Bavaj „linksradikal“, „links-extremistisch“, „linkssozialistisch“, „Linkssozialismus“, „radikale Linksopposition“, „extremistische Linksintellektuelle“ nennen zu können meint, wer als ein „wichtiger Theoretiker“ (in diesem Fall Max Adler) in diesem Spektrum oder als eine „verhältnismäßig einflussreiche Gruppe“ (so die Jungsozialis-